

Rede vom 14. September 2007, Finanzplan des Bundes 2007-2011

Geschätzte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Zu Beginn möchte ich Jürgen Koppelin gratulieren, der als Schleswig-Holsteiner selbst an seinem Geburtstag die Rede eines anderen Schleswig-Holsteiners hier – so möchte ich es formulieren – hören durfte.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Eines Hamburgers!) – Der politische Schwerpunkt dieses Mannes und die politische Menschwerdung lagen doch weitgehend in Schleswig-Holstein, denke ich. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir wollen jetzt nicht von Nordrhein-Westfalen reden!)

Ich habe gedacht, dass ich, wenn wir über den Haushalt 2008 reden, meine Rede nicht wieder damit anfangen muss, darauf hinzuweisen, dass der wesentliche Anzeiger dessen, ob man spart oder nicht, wieder so ausgeschlagen ist, wie er es nun getan hat, nämlich mit den Ausgaben. Wir können uns vor der Bevölkerung hundertmal drehen und wenden und sagen: Die Neuverschuldung ist nicht mehr so hoch. Das stimmt zwar, aber entscheidend bei der Beantwortung der Frage, ob Politik spart oder nicht, sind allein die Ausgaben und die **Ausgabensteigerungen**, Herr Minister. (Beifall bei der FDP)

Wenn ich mir die Zahlen anschau, stelle ich fest, dass das Wachstum der Ausgaben doppelt so hoch ist wie das des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts dessen können Sie noch so oft wiederholen, das seien Sondereffekte, das sei ausnahmsweise so. Es ist im Jahr 2007 so. Es wird im Jahr 2008 so sein. Die Finanzplanung für 2009 und 2010 sieht zwar eine Reduzierung des Ausgabenwachstums vor. Aber welches ist denn der eigentliche Grund, warum die Ausgaben ständig wachsen? Es liegt an den von dieser Bundesregierung und diesen beiden Koalitionsfraktionen beschlossenen politischen Maßnahmen.

Diese Entscheidungen führen zu solchen Ausgabensteigerungen. (Beifall bei der FDP) Dazu gehört auch – das müssen sich die Grünen an dieser Stelle anhören, weil dieser Sondereffekt vom Finanzminister immer hervorgehoben wird – dieser komische Deal mit den Postpensionskassen. In einem Jahr beschließt die Bundesregierung: Heute machen wir ein bisschen Gewinn. Das führt im Jahre 2008 aber zu enormen Ausgabensteigerungen. Aber dann können Sie, Herr Minister, 2008 nicht sagen: Ich gehe einmal zur Seite; denn das war ich alles nicht. – Das ist dann die Regierung gewesen, aber auch Sie sind die Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Nun könnte man denken: Gut, die Ausgaben steigen, aber vielleicht machen Sie es richtig, und die Ausgaben steigen an der richtigen Stelle, nämlich bei den **Investitionen**, was laut unserer Verfassung immer noch *das* Signal ist – ich gebe zu, dass es nicht das richtige ist –, das zeigt, wohin es in Zukunft geht. Es geht also um die Investitionsquote. Sie macht deutlich, wie viel Prozent dessen, was der Steuerzahler an Steuern entrichtet, für Investitionen in die Zukunft des Landes verwendet werden. Aber diese Quote steigt nicht, sondern sinkt, auch in der Planung. Es wird also mehr ausgegeben, allerdings nicht für Investitionen; diese Ausgaben nehmen ab. Nun behaupten Sie, das alles seien Einmaleffekte. Aber ich befürchte, dass dies die dauerhafte Einstellung dieser großen Kompromisskoalition ist. (Beifall bei der FDP – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Leider wahr!)

Herr Minister, verehrte Koalitionskollegen, ich habe manchmal das Gefühl, dass Sie sich in der angeblich geringen Neuverschuldung sonnen und dabei nicht merken, wie Sie sich selber die Füße weghauen. Sie werden in den Debatten in den nächsten Wochen – ich habe hier viele Einzeldebatten verfolgen dürfen – erleben, wie Ihre Kollegen aus den Fachausschüssen zusammen mit der insbesondere für einen Finanzminister gefährlichen

zweiten Reihe dieser Bundesregierung Ausgabenerhöhungen planen werden. Die von mir sehr geschätzten sachkundigen Kollegen Kampeter und Schneider haben hier erklärt, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Kollege, jetzt ist meine Karriere beendet!) sie sorgten für eine nochmalige Verbesserung der Verschuldungssituation.

Ich darf die beiden Herren fragen, ob das heißt, dass Sie bereit sind, die Ausgaben spürbar zu kürzen, oder ob Ihr sogenanntes Sparen nur darin besteht – das kann man heute auch in der Zeitung lesen –, dass Sie die erwarteten Steuermehreinnahmen zusätzlich ausgeben und damit möglicherweise die Erhöhung der Ausgaben auf 5 Prozent treiben? Sie können hier gerne widersprechen. Aber meine Befürchtung ist, dass dem so ist. Die FDP wird Sie jedenfalls daran messen, ob Sie in der Lage sind, die Ausgaben herunterzufahren. (Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie versuchen ständig, den Kollegen Solms, den Doyen der Steuerpolitik, und mich, den kleinen Haushaltsausschussvorsitzenden, als Hauser und Kienzle darzustellen. Das ist aber nicht der Fall. Herr Solms hat zwar einen Schnurrbart, aber mit Hauser habe ich keinerlei optische Ähnlichkeit. Was Sie bei alledem vergessen, ist – Herr Wend hat versucht, es so darzustellen –, dass der Dreiklang bei der FDP nicht nur aus allgemeinen Gesprächen über Steuern und Haushalt besteht.

Wir machen noch etwas, was Sie ständig ärgert, nämlich **Einsparvorschläge**. Wir zeigen auf, wo man sparen kann, und beziffern das Einsparvolumen. (Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass Sie sich schon auf unser neues *Sparbuch* freuen; Sie haben schon nachgefragt. Das ist der Unterschied: Eine Partei kann nur dann die Ausgaben und die Neuverschuldung senken und gleichzeitig das Steuersystem reformieren, wenn sie die Kraft hat – die haben Sie leider nicht –, an die Ausgaben heranzugehen und zu sagen – Herr Minister, ich glaube, hier meinten Sie mehr die eigenen Leute –, wo gespart werden soll.

Diese Kritik – Stichwort Dummsparen – passt überhaupt nicht. Es muss jetzt gespart werden. Wir sind jetzt in der Phase, in der wir sparen müssen. Wenn die **Konjunktur** später einmal schlechter läuft, dann kommt doch aus der Ecke, aus der immer entsprechende Argumente kommen, der Einwand, wir könnten doch nicht jetzt noch mehr sparen und nicht jetzt unseren Sozialstaat umbauen. Das kann es nicht sein! (Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Herr Fricke, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kampeter zulassen?

Otto Fricke (FDP): Aber selbstverständlich. Ich hatte sie schon viel früher erwartet.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Herr Kollege Fricke, Sie erwecken den Eindruck, als sei der einzige Indikator für die Spar- und Konsolidierungsbereitschaft der Großen Koalition das Senken der Ausgaben.

Otto Fricke (FDP): Das habe ich zwar nicht, aber okay.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sind Sie bereit, einige Fakten zur Kenntnis zu nehmen? Es geht bei der **Haushaltskonsolidierung** im Kern darum, dass der Anteil des Staates am volkswirtschaftlichen Geschehen zurückgenommen und der Anteil des Bürgers ausgeweitet wird. Der Indikator dafür ist die **Staatsquote**.

Otto Fricke (FDP): Nein.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Die Staatsquote, also die staatliche Inanspruchnahme des Bürgers, sinkt kontinuierlich. Das heißt, der Staatshaushalt steigt langsamer – dass er steigt, will ich gar nicht bestreiten – als die wirtschaftliche Leistung. Ich weise deswegen darauf hin, weil es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auch dann, wenn die FDP Regierungsverantwortung trug, immer anders war. Es gab nie ein FDP-geführtes Ministerium, beispielsweise das Außenministerium, das sich in den letzten 50 Jahren durch besondere Sparanstrengungen ausgezeichnet hätte. Wir

nehmen den Bürger weniger in Anspruch. (Jürgen Koppelin [FDP]: Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte!)

Wir geben ihm mehr Freiheit und mehr Handlungsmöglichkeiten. Der enorme Konsolidierungserfolg zeigt sich daran, dass wir relativ rasch zu ausgeglichenen Haushalten kommen werden. Wenn ich diese Tatsachen auf den Tisch lege, dann werden die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wissen, dass wir die öffentlichen Finanzen konsolidieren. Das verhindern auch solche Falschdarstellungen wie die, die Sie geliefert haben, nicht. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zur Antwort auf die drei Punkte.

Erstens. Ich glaube, Herr Kollege Kampeter, wir waren uns schon immer darin einig, dass in der Vergangenheit keiner ohne Schuld war, was den Aufbau der hohen Verschuldung betrifft. Es hat niemand in dieser Bundestagsfraktion der FDP jemals etwas anderes behauptet. Ich hoffe, dass auch Sie mit mir darin konform gehen, dass alle hier anwesenden Parteien zum hohen Schuldenstand beigetragen haben, wenn sie Verantwortung getragen haben. Deswegen wollen wir alle die Schulden abbauen.

Zweitens. Sie meinen, dass diese Koalition die Bürger weniger in Anspruch nimmt. Ich glaube nicht, dass Sie einen Bürger finden, der angesichts der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte sagt, er könne sich nicht daran erinnern, dass der Staat ihm mehr aus der Tasche nehme. Ich erinnere weiterhin an die Kürzung der Pendlerpauschale und die Einschnitte bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten für ein Arbeitszimmer. Es gibt Kürzungen an allen möglichen Stellen. Es ist doch so, dass die Koalition schon zu Beginn von der Öffentlichkeit mit Recht deswegen kritisiert worden ist, weil sie dem Steuer- und Abgabenzahler immer weiter in die Tasche gegriffen hat. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Drittens. Ich komme jetzt zu der volkswirtschaftlichen Frage. Ich weiß, dass die Beantwortung leicht in eine Vorlesung über volkswirtschaftliche Theorie ausarten kann. Herr Kollege Kampeter, ich glaube, wir könnten lange mit dem Finanzminister, dem Kollegen Schneider und anderen Kollegen über die **Staatsquote** reden. Ein Land wie unseres, das von der Globalisierung profitiert, bei dem Exporte und Importe zum Glück enorm steigen, was zeigt, wie sehr wir die Globalisierung brauchen, um Arbeitsplätze in diesem Land zu sichern, wird immer dafür sorgen, dass die Staatsquote etwas geringer ist. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Als die FDP regiert hat, lag sie bei 50 Prozent!)

Im Übrigen habe ich das Gefühl, dass Ihr Koalitionspartner mit der Staatsquote nicht so besonders glücklich ist. Bei dem Vergleich von Staatsquoten müsste man übrigens alles einrechnen, was in einem Haushalt so verschwindet. Herr Kollege Thiele hat das einmal im Detail nachgerechnet. So wird zum Beispiel das Kindergeld, das zur Staatsquote gehört, gar nicht in die Staatsquote für Deutschland eingerechnet. Wenn wir eine ehrliche Staatsquote errechnen würden, dann erhielten wir ganz andere Zahlen. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist nicht zutreffend, Herr Kollege!)

Für mich als Haushälter – für Sie sollte das auch gelten – ist entscheidend, dass wir alle wissen: Je mehr der Staat ausgibt, desto mehr hat er den Wunsch, noch mehr auszugeben.

Wenn die Steuereinnahmen sprudeln, was aktuell der Fall ist, werden noch mehr Ausgaben getätigt. Das wollen wir beide doch sicherlich verhindern, Herr Kollege Kampeter. (Beifall bei der FDP)

Ich möchte die Koalition und vor allem die Bundesregierung aber auch ein wenig loben, was das formale Verfahren angeht.

Ich spreche von dem **Nachtragshaushalt** für das Sondervermögen für die Betreuung der unter Dreijährigen. Es wird zwar gesagt, man habe das schon immer vorgehabt, aber es wurde doch über Wochen und Monate gesagt, man würde das irgendwie auch so hinkriegen. Herr Minister, ich sage ausdrücklich, dass ich es richtig finde, dass Sie dem

Parlament diesen Nachtragshaushalt vorlegen. Sie tun es natürlich deswegen gerne, weil Sie gleichzeitig noch einmal die Steuermehreinnahmen darstellen können.

Das System, in das dieses Sondervermögen eingebettet ist, halte ich allerdings für hoch riskant. Dahinter steckt nichts anderes als Ihr Nachgeben gegenüber Ihrer Familienministerin, die gesagt hat: Mehr Geld für die Kinder; von wem, weiß ich zwar nicht; ich bin auch nicht zuständig; aber ich möchte dieses Geld gern geben.

Wenn man schon Geld gibt, dann wäre es besser gewesen, es den Kommunen zu geben und nicht irgendeinem Fonds, der schlecht kontrollierbar ist und in Bezug auf den wir noch gar nicht genau wissen, wie wir den Abfluss der Mittel korrekt kontrollieren können. (Beifall bei der FDP)

Herr Minister, liebe Koalitionäre, ich erinnere mich an die Debatten über die **Zinsen**; das sei alles kein Problem; 40 Milliarden Euro und dabei bliebe es. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das hat nie einer behauptet!)

Die Finanzplanung ist lange Zeit genau davon ausgegangen, Herr Kollege Kampeter. Auf einmal – nach nur einem Jahr – sind 3 Milliarden Euro mehr veranschlagt.

Frau Familienministerin, wenn Sie diese 3 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung jetzt schon hätten, dann wären Sie wahrscheinlich wahnsinnig glücklich. Aber leider haben sämtliche Zinsanstiege, mit denen wir es zu tun haben, Konsequenzen gehabt. Was können wir machen? Was kann die Große Koalition machen? Nichts kann sie dagegen machen. Sie kann noch nicht einmal etwas anderes beschließen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was kann die große FDP machen?)

– Auch die große FDP kann nichts dagegen machen. Und deswegen macht die große FDP was, Herr Kollege Kampeter? Sie plädiert für die Kürzung anderer Ausgaben, bei denen dies politisch möglich ist. Die Große Koalition tut dies nicht.

(Beifall bei der FDP)

Der Minister sagt: **Keine weiteren Steuersenkungen**; das gehe 2008 und danach nicht mehr. Herr Minister, die **Unternehmensteuerreform** – sie ist auch eine Steuersenkung, auch wenn sie an vielen Stellen wirklich sehr schlecht gemacht worden ist – tritt im Jahre 2008 in Kraft. Das heißt, diese Regierung behauptet zwar, es gebe keine Steuersenkungen, gibt aber selber zu, Steuersenkungen für das nächste Jahr beschlossen zu haben.

Das Grundprinzip ist also nicht falsch. Sie sollten Ihre Kraft deshalb darauf verwenden, im Lohn- und Einkommensteuerbereich in genau dieselbe Richtung zu gehen. (Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle möchte ich auch einmal das Thema Föderalismus kurz ansprechen. Die **Föderalismusreform** hakt im Moment. Es kommen immer mehr Vorschläge, auch vonseiten des Finanzministeriums. Ich begrüße ausdrücklich, dass man sich nicht festlegt; denn sobald die Regierung sich festlegt – Herr Struck, als Fraktionsvorsitzender wissen Sie das –, stellt sich für die Mitglieder der Koalitionsfraktionen sofort die Frage, ob sie die Regierung im Stich lassen oder nicht.

Mir fällt immer häufiger auf, dass diejenigen, die gesündigt haben, jetzt auf einmal daran zweifeln, dass diese oder jene Lösung richtig ist. Der einzige Lösungsvorschlag, den diejenigen machen, die viele Schulden haben, lautet im Moment: Na ja, gut, wenn ihr unsere Schulden übernehmt, dann können wir noch einmal darüber reden, aber mehr nicht. Auch im Lichte des Verfahrens, das der Kollege Kampeter und ich vor dem Verfassungsgericht geführt haben, sage ich: Egal was herauskommt, es müssen zwei Ziele erreicht werden:

Erstens. Wir müssen eine Regelung finden, durch die dafür gesorgt wird, dass die Politik diese Grenzen nicht leicht umschiffen kann. (Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Denn die Politik wird es immer wieder versuchen, egal wer an der Regierung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Zweitens. Wir dürfen nicht mehr zulassen – ich glaube, da besteht zwischen dem Minister und mir Einklang –, dass diejenigen, die stets nur mehr Geld fordern, vor dem Bürger immer als die Guten dastehen, während diejenigen, die darauf hinweisen, dass man nur das Geld ausgeben sollte, das man auch hat, die Bösen sind. Es muss so sein, dass diejenigen, die mehr ausgeben wollen, klarmachen, aus wessen Tasche man das Geld nehmen will. (Beifall bei der FDP)

Ich komme deshalb immer mehr zu der Erkenntnis, dass ein **Neuverschuldungsverbot** – Ausnahmen wären nur angesichts besonderer Situationen erlaubt – letztlich das richtige Ziel ist. (Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte noch etwas Grundsätzliches sagen. Dabei wende ich mich eher dem linken Teil des Hauses zu.

Wen trifft es eigentlich am meisten, wenn ein Staat überschuldet ist? Die Reichen trifft es nur minimal: Sie sind schlimmstenfalls etwas weniger reich. Solange wir einen Sozialstaat haben, der nach einem möglichen Bankrott wieder funktioniert, sind von staatlicher Überschuldung auch nicht diejenigen betroffen, die allein von Transferzahlungen abhängig sind. Staatliche Überschuldung trifft am meisten die verlorene, vergessene Mitte, also diejenigen, die arbeiten, ansparen und versuchen, ihre Altersvorsorge sicherzustellen. Das sind genau diejenigen, die diesen Staat stabilisieren. Aus genau diesem Grunde wendet sich die FDP dagegen, die Politik der Neuverschuldung fortzuführen. Ich wiederhole: Durch diese Politik werden insbesondere diejenigen geschädigt, die die **Mitte unserer Gesellschaft** ausmachen und für ihre Stabilität entscheidend sind. (Beifall bei der FDP)

Herr Minister, der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, ist ein Schönwetterhaushalt, weil Sie schön viele Einnahmen haben. Wir könnten viel darüber reden, woher diese Einnahmen kommen und wer das alles zahlt. Aber Sie wissen, wir haben dunkle Wolken am Horizont. Jedes Institut schraubt gerade wieder – Institute sind nun einmal so – seine Prognose für das Wirtschaftswachstum Stück für Stück herunter. Wenn am Finanzmarkt keine Klärung erfolgt, werden wir in den zwei bis drei nächsten Monaten erleben, wie es Stück für Stück so weitergeht. (Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Reden Sie es doch nicht schlecht!)

Das kann ganz schnell kommen. Wir wollen das nicht, aber wir alle wissen ganz genau, auf welchem dünnem Eis wir uns im Moment bewegen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber mit einem solchen Gerede fördern Sie es!)

– Nein, ich förderte es dann mit meiner Rede, wenn ich sagen würde, es wird so kommen. Wenn wir jedoch wissen, dass wir vorsichtig sein müssen, müssen wir diese Vorsicht auch auf den Haushalt anwenden und dürfen nicht zusätzliche Ausgaben beschließen. (Beifall bei der FDP)

Ich will mit dem folgenden Bild enden. Herr Minister, Sie haben eine einmalige Chance. Ich weiß, Sie streben – zur Überraschung der eigenen Fraktion – die Nachfolge von Franz Josef Strauß an. (Peer Steinbrück, Bundesminister: Was?)

– Ja, natürlich, nämlich in der Frage, wer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann! Wenn Sie diese einmalige Chance jedoch nicht nutzen und wenn die Bundesregierung die Chance nicht nutzt, die sie jetzt hat, nämlich in diesen guten Zeiten vorzusorgen, werden Sie, wenn das Absacken erst nach 2009 beginnt, möglicherweise bis zur nächsten Wahl noch einigermaßen gut überleben. Aber danach werden Sie in den Geschichtsbüchern als jemand genannt werden, der leider eine riesengroße Chance verpasst hat.

Die FDP-Fraktion wird Ihnen Vorschläge unterbreiten und Sie unterstützen, damit Sie diese Chance nicht verpassen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)